

Nr. 14/16 vom 16.10.2014

Arbeitskreis Zukunftsenergien

Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 - Bewertung aus Sicht der betroffenen Branchen

Berlin.. Deutschland ist von seinem Klimaschutzziel, bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, weit entfernt. Deshalb will die Bundesregierung mit ihrem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ und den darin definierten Maßnahmen die Reduktion von Emissionen durch die verschiedenen Sektoren vorantreiben. Aus diesem Anlass und unter dem Eindruck des UN-Klimagipfels in New York diskutierte das Forum für Zukunftsenergien in seinem Arbeitskreis „Zukunftsenergien“ am 15. Oktober 2014 das Thema. Vertreter der betroffenen Branchen „Strom“, „Wärme“, „Industrie“ und „Verkehr“ stellten ihre Positionen dar, die mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages diskutiert wurden.

Zunächst stellte MinDirig Berthold Goeke (Leiter der Unterabteilung Klimaschutzpolitik, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) Struktur und Konzept des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 vor. Da das Programm sich zurzeit noch in der Phase der intensiven Abstimmung zwischen den Ressorts befindet und erst am 03. Dezember 2014 vom Bundeskabinett beschlossen werden soll, ging er nicht auf die geplanten Maßnahmen ein. Er beschränkte sich darauf, die Reduktionspotenziale die sein Haus bezüglich der Sektoren „Energiewirtschaft“, „Gebäude“, „Verkehr“ und „Industrie“ sieht, darzustellen.

Die Energiewirtschaft sei mit 40% die wichtigste Quellgruppe der Treibhausgasemissionen. Als zentrale Handlungsfelder seien dort eine anspruchsvolle Reform des Emissionshandels bereits deutlich vor 2020 auf EU-Ebene, ein kontinuierlicher, naturverträglicher Ausbau der erneuerbaren Energien, die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Stromeinsparungen sowie eine Reform des Strommarktes und Neuausrichtung des konventionellen Kraftwerksparks geplant. Für den Gebäudebereich sehe die Bundesregierung noch große technische Minderungspotenziale, allerdings müsste bei deren Erschließung auf die Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit geachtet werden. Bezogen auf den Verkehrsbereich plädierte Goeke für eine deutliche Minderung der Emissionen, ohne jedoch konkrete Handlungsfelder zu nennen. Die Industrie könne durch Hebung ihrer Effizienz-Potenziale vor allem im Prozesswärmebereich und beim industriellen Stromverbrauch zur Senkung der CO₂-Emissionen beitragen.

Andreas Kuhlmann (Geschäftsbereichsleiter Strategie und Politik, BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.) erklärte, dass der BDEW die vom BMUB vorgelegten Eckpunkte zum Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 begrüße. Dadurch würde die notwendige Diskussion darüber angestoßen, wie das angestrebte Reduktionsziel von 40% bis zum Jahr 2020 trotz der absehbaren Lücke von 7% geschlossen werden könne. Ferner würde der bisherige und sehr unterschiedliche Beitrag der verschiedenen Sektoren deutlich. Stellvertretend für den BDEW forderte er, dass seitens des Ministeriums nachvollziehbare Kriterien für den weiteren Auswahlprozess möglicher Maßnahmen zu definieren seien. Dies sei entscheidend für den Erfolg des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020.

Zusätzliche nationale Maßnahmen im EHS Sektor lehne der BDEW ab, da diese zu

zusätzlichen volkswirtschaftlichen Kosten in Deutschland führten und lediglich bewirkten, dass Treibhausgasemissionen in andere Staaten des EHS-Geltungsbereichs verlagert werden („Carbon Leakage“). Hinsichtlich der EHS-Sektoren fordere der BDEW die Bundesregierung auf, ihre Anstrengungen zur raschen Reform und Stärkung des EHS und zur frühzeitigen Festlegung von CO₂-Minderungszielen in der EU für das Jahr 2030 zu intensivieren.

Der BDEW plädiere ferner dafür, steuerliche Anreize für die Realisierung von Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebereich zu schaffen und den Marktzugang für Energieeffizienzdienstleistungen diskriminierungsfrei zu gestalten. Um auch die CO₂-Emissionen im Wärmemarkt zu reduzieren, spreche sich der BDEW außerdem für eine kurzfristige Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und für eine Beseitigung der Hemmnisse für Fernwärme auf Basis hocheffizienter KWK aus. Des Weiteren sollten Contracting-Modelle gestärkt werden, indem Hemmnisse im Mietrecht abgebaut werden.

Die vertiefte Sichtweise des Wärmemarktes auf das geplante Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 präsentierte Harald Rapp (Bereichsleiter Stadtentwicklung, AGFW – und Geschäftsführer, AGFW Projekt GmbH). Er betonte die Notwendigkeit der Reduzierung der CO₂-Emissionen in der Wärmeversorgung, um die langfristigen Klimaschutzziele Deutschlands bis 2050 zu erreichen. Vor diesem Hintergrund stellten erneuerbare Energien und Fernwärme durch KWK-Anlagen derzeit die wirtschaftlich vorteilhaftesten Wärmeerzeugungstechnologien dar. Jedoch sei insbesondere in Städten das Potenzial dezentraler erneuerbarer Energien zur Wärmeerzeugung eingeschränkt. Daher biete die Fernwärme in diesen verdichteten Räumen die größten Potenziale für Effizienzsteigerungen und Emissionssenkungen bei der Wärmeerzeugung. Langfristig sei es erforderlich, dass auch die Fernwärme stärker durch erneuerbare Energien bereitgestellt wird.

Stellvertretend für den Sektor der energieintensiven Industrien nahm Wilfried Köplin (Leiter Konzernenergiepolitik, Bayer AG) zum Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 Stellung. Die deutsche Industrie bekenne sich zum Klimaschutz in Deutschland, der EU und weltweit. Sie unterstütze eine in den internationalen Kontext eingebettete Klima- und Energiepolitik aus einem Guss und in Verbindung damit eine strukturelle Anpassung des EU Emissionshandels für die vierte Handelsperiode. Aus diesem Grunde sollte der EHS-Bereich nicht durch einen nationalen Aktionsplan für die Zeit von 2014-2020 geregelt werden, so dass sich die Analyse „nationaler Minderungspotenziale“ nur auf Sektoren außerhalb des EHS-Anwendungsbereiches erstrecken könne. In diesem Zusammenhang verwies er auf die großen Potenziale zur Treibhausgasemissionsminderung im Gebäudesektor. Mehr als ein Drittel der Emissionen entstünden dort.

Er unterstrich außerdem, dass die Verhinderung von „Carbon Leakage Effekten“ wichtiger Bestandteil der Klimapolitik sein müsse und plädierte dafür, die Versorgungssicherheit nicht durch den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien bei gleichzeitig reduziertem Einsatz der konventionellen Kraftwerke zu gefährden. Insgesamt hält Köplin zwar die Erschließung von Effizienzpotenzialen in der industriellen Kraftwirtschaft für möglich, doch habe die Novelle des EEG die dafür notwendige KWK unwirtschaftlich gemacht.

Rainer Schätzlein (Leiter Häfen/Schifffahrt, Luftverkehr, Straßenverkehr, Deutsches Verkehrsforum e.V. (DVF)) äußerte sich dahin gehend, dass Potenziale zur Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2020 erkennbar und zu vertretbaren Kosten zu heben seien. Vor allem die Maßnahmen, die sich auf Technologie, Infrastruktur und Vernetzung beziehen, sollten verfolgt werden. Gleichzeitig mahnte er an, einen zeitlichen Realismus bei der Umsetzung walten zu lassen, denn der Kraftfahrzeugverkehr sei nicht bereits morgen elektrifiziert. Biokraftstoffe seien mittelfristig als Baustein nicht entbehrlich und der Luftverkehr habe vorläufig keine Antriebsalternative. Schätzlein geht weiter davon aus, dass der durchgreifende Effekt bei der CO₂-Senkung im Verkehr ab 2025 eintreten wird, sofern die notwendigen Entwicklungen jetzt eingeleitet würden. Die Erreichung des EU-Klimaziels 2050 erfordere eine durchgreifende Energiewende im Verkehr, bei der technologischen

Innovationen eine große Bedeutung zukomme. Die EU sei zwar auf einem guten Weg, dieses sei jedoch in anderen Weltregionen nicht der Fall.

Die Pläne des BMUB zur kurzfristigen CO2-Reduktion und die Positionen der betroffenen Sektoren dazu wurden im Rahmen der sich den Präsentationen anschließenden Podiumsdiskussion mit den Bundestagsabgeordneten Andreas Jung (CDU/CSU), Eva Bulling-Schröter (Die.Linke) und Annalena Baerbock (Bündnis 90 / Die Grünen) unter der Moderation von Dr. Frank-Michael Baumann (Geschäftsführer, EnergieAgentur.NRW sowie Vorsitzender des Arbeitskreises Zukunftsenergien) diskutiert.

Die Präsentationen der Vortragenden stehen für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine Mail an: info@zukunftsenergien.de .

Das Forum für Zukunftsenergien e.V. bedankt sich bei dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband für die Gastfreundschaft und bei der Bayer AG für die Unterstützung.

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises Zukunftsenergien findet am 03. Dezember 2014 statt.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verband gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Katja Freitag
Projektleiterin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de